

AKTUELL

STUDIENBEIHILFEN

„An wéivill verdéngen är Elteren?“

David Angel

Die Ankündigung des Hochschulministers Claude Meisch, das System der Studienbeihilfen grundlegend reformieren zu wollen, hat einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen.

Fast scheint es so, als hätten alle nur auf sie gewartet - die Ankündigung des Hochschulministers vom vergangenen Freitag, das System der Studienbörsen verändern zu wollen. Die Studentenorganisationen Unel, LUS und Acel bezogen umgehend Stellung, OGBL und LCGB machten ihre Kritik an den Plänen publik, und sowohl Piraten als auch „Déi Lénk“ ließen keinen Zweifel daran, dass sie das Vorhaben insgesamt ablehnen. Facebook-Gruppen mit Namen wie „Cedies amplaz Täschegeld“ schossen wie Pilze aus dem Boden und konnten innerhalb kurzer Zeit verhältnismäßig viele „Likes“ aufweisen. Was hat der Minister angekündigt, das einen solchen Sturm der Entrüstung auslösen konnte?

Nach der Reform der Studienbeihilfen von 2010, für die Luxemburg vom Europäischen Gerichtshof wegen Diskri-

minierung von GrenzgängerInnen verurteilt worden war, plant Meisch nun eine erneute, grundlegende Reform. Geht es nach ihm, so wird es ab dem Wintersemester 2014 weniger „Bourse“ und mehr „Prêt“ geben. Gab es bisher 3.250 Euro Bourse und optional 3.250 Euro Prêt pro Semester, so soll jetzt die Bourse auf einen Basisbetrag von 2.000 Euro pro Semester abgesenkt werden. Zusätzlich ist eine vom Einkommen der Eltern abhängige Sozial-Bourse von - je nach Verdienst der Eltern - bis zu 2.500 Euro pro Semester geplant.

Und schließlich will Meisch eine sogenannte Mobilitäts-Bourse einführen, die nach „Erasmuskriterien“ (Studium in einem anderen Land) vergeben wird. Weiterhin sollen Darlehen von 3.250 Euro pro Semester möglich sein. Die Rückerstattung der Einschreibgebühren soll nur noch zur Hälfte als Bourse, und zur anderen Hälfte als Darlehen erfolgen.

Vor allem der Grundbetrag von 2.000 Euro pro Semester stößt auf scharfe Kritik. Der ist nämlich, so déi Lénk in

einer Pressemitteilung, „viel zu niedrig, um jedem sein Recht auf ein Studium zu gewährleisten“. Der LCGB rechnet vor, dass Studierenden in Luxemburg vor 2010 in Form von Kindergeld, „allocation de rentrée“ und Boni fast 3.900 Euro im Semester zur Verfügung standen, und fordert eine Anhebung des Grundbetrags auf 4.000 Euro.

Einschränkung der Autonomie

Die Piratenpartei spricht von einem „Rückschritt“ und wirft Claude Meisch vor, „die Freiheit der Studentinnen und Studenten noch weiter einzuschränken“. Die Acel kritisiert, dass durch die Abhängigkeit vom Einkommen der Eltern die Autonomie der StudentInnen eingeschränkt werde. Auf der Facebook-Seite „Cedies amplaz Täschegeld“ wird der Hochschulminister vor allem für seine Äußerung, es sei „keine Unehre“, sich mit Nebenjobs ein wenig Geld dazu zu verdienen, heftig angegriffen. Auf einem Bild der Seite sind die gutgelaunten Minister Meisch, Braz, Bettel und

Schneider zu sehen, darüber steht: „An wéivill verdéngen är Elteren?“.

Für Pol Reuter, den aktuellen Präsidenten der Unel, ist die Sache klar: „Nach der Reform von 2010 konnte ein Student auf maximal 9.950 Euro Stipendium im Jahr zurückgreifen. Mit Meischs Vorschlag läge der Maximalbetrag bei 6.500 Euro.“ Für ihn ist es „höchst bedenklich, als allererstes bei der Bildung Geld einzusparen“. Er kritisiert auch die Mobilitätsklausel: „Die Leidtragenden davon sind wieder die Kinder von GrenzgängerInnen. Da dieses Stipendium an Erasmuskriterien gebunden ist, kriegen nur diejenigen Geld, die in einem anderen Land studieren als in dem, wo sich ihr Wohnsitz befindet. Wer in Thionville wohnt und in Marseille studieren will, bekommt nichts.“ Er findet es „an sich nicht schlecht“, dass ein Teil der Bourse an soziale Kriterien gebunden ist. „Allerdings muss der Basisbetrag hoch genug sein, damit alle sich unabhängig von ihren Eltern ein Studium leisten können. 2.000 Euro im Semester sind 330 Euro im Monat. Wer kann sich mit 330 Euro eine Wohnung leisten?“ Ausgerechnet hat er auch, wie viele Schulden sich bei Bezug des Prêt im Laufe eines Studiums anhäufen könnten: „Wer ein Masterstudium in Regelstudienzeit absolviert, hätte am Ende 32.500 Euro Schulden, mit denen er ins Berufsleben startet.“

BUDGET 2014

Musterschüler auf Zeit

Richard Graf

Die erste Budgetvorstellung des neuen Finanzministers klang nicht, als sei ein neues Zeitalter angebrochen.

Eigentlich müsste Pierre Gramegna der glücklichste Finanzminister auf Erden sein. Nur wenige Tage bevor er seine erste große Budgetrede hielt, werteten die großen Rating-Agenturen das Triple A Luxemburgs von „negative“ auf die Bestnote „stable“ um. Und die Konjunkturwächter in Luxemburg und Brüssel schrauben seit Herbst das zu erwartende Wirtschaftswachstum für das laufende Jahr immer weiter in die Höhe und sehen auch schon mal eine Drei vor dem Komma. Und dann soll auch noch der amerikanische Motor dabei sein, wieder Fahrt aufzunehmen, wenn auch zunächst etwas zaghaft.

Die aus Brüssel und der sonstigen Welt gemeldeten Eckwerte lassen einen konjunkturbedingten Zuwachs der Einnahmen gegenüber der Vorlage von 2013 um 5,1 Prozent erwarten, wobei die letzten Meldungen noch gar nicht

berücksichtigt sind. Zudem hat Brüssel eine spezielle Art, die finanzielle Situation der Mitgliedsstaaten zu bewerten: Neben der Finanzsituation des Zentralstaats und der Kommunen lässt die EU auch noch die der staatlich garantierten sozialen Sicherungssysteme in die Berechnung einfließen. In vielen Ländern sind es die dort - infolge Überalterung und hoher Arbeitslosigkeit - angehäuften Defizite, die Schwierigkeiten bereiten. Nicht so in Luxemburg: Wegen der immer noch steigenden Zahl an Arbeitsplätzen, die zudem in hohem Maß von jüngeren ArbeitnehmerInnen besetzt sind, weisen unsere Sozialsysteme, global gesehen, einen satten Überschuss aus, wobei der Trend allerdings konstant nach unten weist. Unter den aktuellen Vorgaben wird 2014 der EU-konforme Abschluss - im Gegensatz zu 2013 - ein positiver sein: 100,3 Mio. Euro oder 0,2% des BIP wird Luxemburg 2014 nach Brüsseler Lesart mehr einnehmen als ausgeben.

Anders die klassische Budgetdarstellung, die nur die Zahlen der zentra-

len öffentlichen Verwaltungen und der Kommunen wiedergibt; sie weist ein Defizit von 545,1 Mio. Euro aus - etwa 1,1 Prozent des BIP. Auch wenn dieser Wert eine Halbierung des Defizits im Vergleich zum Vorjahr bedeutet, macht er Gramegna noch nicht zu einem glücklicheren Menschen.

Denn infolge des zu erwartenden Einbruchs der TVA-Einnahmen beim e-Commerce von 0,6 bis 1,1 Mrd. Euro im Jahre 2015 soll die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben beim Zentralstaat sich wieder öffnen. Diese auffallend unpräzise Prognose zeigt: Die Erhöhung der TVA wird sogar die optimistischere Variante des e-Commerce-Ausfalles wohl nicht einmal zur Hälfte abdecken.

Lieblingsthema Sparen

Das bringt Gramegna zu seinem Lieblingsthema: dem Sparen. Seine RegierungskollegInnen und er haben in den knappen Wochen ihrer Amtszeit ein Sparvolumen von 231,2 Mio. zustande gebracht. Es ist aber nicht klar, worauf sich Gramegna bezieht, wenn er von Einsparungen spricht. Mal ist es das provisorische „technische“ Budget der alten Regierung, das im letzten Frühjahr nach Brüssel übermittelt wurde, mal sind es die Ergebnisse des Budgetjahres 2013, oder es sind, etwa im Falle der Stu-

dienbeihilfen, „verhinderte“ Mehrausgaben weil ein großzügiges Gesetz einfach gekippt wurde.

Die Stelle, an der richtig „gespart“ wird, sind die „frais de fonctionnement“ der Verwaltungen - hier werden mit 50 Mio. sensationelle 0,3 Prozent des Gesamtbudgets von 1,47 Mrd. nach unten revidiert! Bei den Investitionskosten, wird erst eine Detailanalyse offenbaren, ob hier tatsächlich gespart oder nur verschoben wird. Mit 137,2 Mio. fällt hier der dickste Sparbrocken an - aber auch der fragwürdigste, insofern hier wichtige Dotierungen etwa des Eisenbahn- oder gar Umweltfonds betroffen sind.

Eines seiner Ziele hat Gramegna für 2014 schon erreicht: Auf dem Papier steht Luxemburg erneut als Brüsseler Musterschüler da, der nicht nur die Maastrichtkriterien einhält, sondern allgemein auf dem Weg der Besserung scheint. Doch ist 2014 nur ein Übergangszeitraum, denn Gramegnas wirkliche Handschrift soll erst 2015 erkennbar werden. Hier verspricht der DP-Späteinsteiger seit Monaten, eine revolutionäre Methode zum Einsatz bringen zu wollen, mit der dem zu erwartenden Loch von 2015 effizient entgegengewirkt werden kann. Die Eckzahlen hierzu müssen in den nächsten Wochen nach Brüssel gemeldet werden - während das Parlament sich intensivst mit dem Übergangsbudget 2014 beschäftigen darf.